Deutscher Bundestag **Drucksache 14/5748**
14. Wahlperiode 03. 04. 2001

Beschlussempfehlung und Bericht
des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksache 14/5436 –

Entwurf eines Gesetzes zur Umstellung soldatenversorgungsrechtlicher und anderer Vorschriften auf Euro (Elftes Euro-Einführungsgesetz)

A. Problem

Am 1. Januar 2002 wird der Euro alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel. Mit dem Gesetz sollen in soldatenversorgungsrechtlichen und anderen Vorschriften enthaltene DM-Beträge auf Euro umgestellt werden.

B. Lösung

Umstellung soldatenversorgungsrechtlicher und anderer Vorschriften von Deutschen Mark auf Euro im Wege der Glättung, bei der durchgehend eine Aufrundung durch Neufestsetzung auf volle 1 oder 10 Euro vorgenommen wird. Die in Euro angegebenen neuen Beträge weichen nicht mehr als nötig von dem DM-Wert ab.

Der Gesetzentwurf wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und PDS zur Annahme empfohlen

C. Alternativen

Keine. Die Neufestsetzungen erfolgen in Anlehnung an vorgesehene Glättungen im Bereich des Beamtenversorgungsrechts.

D. Kosten für die öffentlichen Haushalte

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Infolge der Glättung entstehen nur geringe, im Einzelnen nicht quantifizierbare Mehrkosten für den Bund, die aber nicht Anlass zu höheren Haushaltsansätzen geben.

2. Vollzugsaufwand

Über die Kosten der Umstellung von DM auf Euro hinaus entsteht durch dieses Gesetz kein gesonderter Vollzugsaufwand.

E. Sonstige Kosten

Angesichts des geringen Umfangs der entstehenden Mehrkosten sind Auswirkungen des Gesetzes auf Einzelpreise, das Preisniveau und insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau nicht zu erwarten.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen, den Gesetzentwurf – Drucksache 14/5436 – unverändert anzunehmen.

Berlin, den 28. März 2001

Der Verteidigungsausschuss

Helmut Wieczorek (Duisburg)	**Kurt Palis**	**Helmut Rauber**
Vorsitzender	Berichterstatter	Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Kurt Palis und Helmut Rauber

I.

Der Deutsche Bundestag hat den Gesetzentwurf – Bundestagsdrucksache 14/5436 – in seiner 158. Sitzung am 15. März 2001 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung an den Verteidigungsausschuss und zur Mitberatung an den Innenausschuss überwiesen.

II.

Der **Innenausschuss** hat die Vorlage in seiner Sitzung am 28. März 2001 beraten und einvernehmlich empfohlen, den Gesetzentwurf auf Bundestagsdrucksache 14/5436 anzunehmen.

III.

Der **Verteidigungsausschuss** hat die Vorlage in seiner 69. Sitzung am 28. März 2001 beraten.

Die Berichterstatter waren übereinstimmend der Auffassung, dass das vorgesehene Gesetz unabdingbar notwendig ist.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung – Bundestagsdrucksache 14/5436 – wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und PDS zur Annahme empfohlen.

Berlin, den 2. April 2001

Kurt Palis	**Helmut Rauber**
Berichterstatter	Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333